

Herr Schopp erinnerte an den geplanten Rückbau und an einige tragische Unfälle.

Herr Hennig bestätigte, dass der Rückbau der B 8 zunächst eine Gemeinschaftsproduktion der Stadt Sankt Augustin mit dem Landebetrieb Straßenbau gewesen sei.

Der 1. Bauabschnitt sei begonnen worden zum Zeitpunkt, als sich der Bund bereits Gedanken machte, die Bundesstraße 8 herabzustufen. Bereits zu diesem Zeitpunkt war bekannt, dass nur der 1. Bauabschnitt bezahlt würde und andere Bauabschnitte vom Bund nicht übernommen würden.

Die Verwaltung sei im Abstufungsprozess beteiligt worden. Man habe sich mit der Herabstufung einverstanden erklärt, wenn der Endausbau bis Hennef käme.

Unabhängig hiervon sei am 18.12.2006 die B 8 per Gesetz zur L 333 zurückgestuft.

Die Chancen für einen Ausbau nach den alten Plänen zu den damals ermittelten Kosten stünden aufgrund des derzeitigen Landesetats sehr schlecht.

Der leider tragische Unfall hätte zu einem Treffen mit der Unfallkommission geführt, mit dem Ergebnis, dass nun mehrere Maßnahmen durchgeführt werden. Noch in diesem Jahr wird der Landesbetrieb Straßen die Fahrbahn sanieren, die überzählige Fahrbahn würde wegmarkiert. Sollte sich herausstellen, dass dies nicht ausreichend ist, würden provisorische Leitschwellen errichtet. Darüber hinaus gäbe es eine Zusage der Kreispolizeibehörde, eine stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlage einzurichten.

Herr Köhler machte deutlich, dass Bundesmittel wohl „auf Halde liegen“ würden. Mittel für diesen Rückbau könnten dort nicht mehr abgerufen werden, weil es nun eine Landesstraße sei. Damit könne die Stadt jedoch nicht zufrieden sein.

Der 2. Punkt in dem von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellte Antrag könnte gestrichen werden, aber da die Stadt Position zu beziehen habe, sollte der Beschluss zu 1 auf jeden Fall gefasst werden.

Auf Nachfrage von Frau Feld-Wielpütz bestätigte Herr Hennig, dass die Maßnahme im Landesstraßenbauprogramm eingestellt sei, aber nicht an vordringlicher Stelle. Die Vertreter im Regionalrat sollten hier ihren Einfluss geltend machen.

Eine weitere Nachfrage von Frau Feld-Wielpütz bezüglich der Unfallzahlen beantwortete die Verwaltung dahingehend, dass die Zahlen von der Kreispolizeibehörde abgefragt werden könnten. Frau Feld-Wielpütz bat um Übersendung dieser Zahlen in die Fraktionen.

Nach weiteren Wortbeiträgen von Herrn Schäfer und Herrn Züll ließ der Ausschussvorsitzende über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen: